



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Beschluss-Protokoll

der 19. und 20. Sitzung, Amtsjahr 2011-2012

Mittwoch, den 29. Juni 2011, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Markus Lehmann, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Regine Smit, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

29. Juni 2011, 09:00 Uhr  
19. Sitzung *Sibel Arslan (GB), Peter Bochsler (EVP/DSP), Conradin Cramer (LDP), Felix Eymann (EVP/DSP), Brigitta Gerber (GB), Alexander Gröflin (SVP), Roland Lindner (SVP), Urs Müller (GB), Rolf von Aarburg (CVP), Aeneas Wanner (GLP), Ruth Widmer (SP).*

29. Juni 2011, 15:00 Uhr  
20. Sitzung *Sibel Arslan (GB), Maria Berger (SP), Peter Bochsler (EVP/DSP), Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP), Christian Egeler (FDP), Beat Fischer (EVP/DSP), Alexander Gröflin (SVP), Urs Müller (GB), Aeneas Wanner (GLP), Ruth Widmer (SP).*

**Verhandlungsgegenstände:**

- |     |   |    |
|-----|---|----|
| 1.  | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung   | 3  |
| 2.  | Entgegennahme der neuen Geschäfte   | 5  |
| 3.  | Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Andreas Ungricht, SVP)  | 6  |
| 4.  | Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2010 des Kantons Basel-Stadt sowie Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zu den Rechnungen 2010 der fünf kantonalen Museen              | 6  |
| 5.  | Ratschlag betreffend Universitätsspital Basel; Umnutzung der Medizinischen Bibliothek zu Forschungslabors   | 9  |
| 10. | Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Orchester für die Jahre 2011/12 - 2014/15   | 10 |
| 38. | Kantonale Gerichtswahlen vom 15. Mai / 19. Juni 2011; Validierung   | 12 |
| 39. | Bericht des Regierungsrates zum Bericht und Antrag des Appellationsgerichts auf befristete Erhöhung der Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht von neun auf zehn. | 12 |

6.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht Nr. 11.0435.01 zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB für die Periode 2011 - 2014 (Planungsbericht IWB 2011 - 2014)	13
7.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 10.0949.01 Neue Rheinuferpromenade vom St. Johannis-Park bis nach Huningue (F) und Bericht zu einem Anzug	13
8.	Ratschlag Bahnhofkühlhaus / BVB-Werkstätten; Zonenänderung und Aufhebung eines Bebauungsplans im Bereich Münchensteinerstrasse, Wolfgottesacker (ehemaliges Areal Bahnhofkühlhaus)	14
9.	Ratschlag betreffend Forstwerkhof auf dem Areal der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen, Genehmigung Baurechtsvertrag	15
11.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P266 "Für einen kindgerechten und sauberen Pausenplatz"	16
12.	Beantwortung der Interpellation Nr. 21 Jürg Meyer betreffend Nothilfe, ungenügend zum Überleben	16
13.	Beantwortung der Interpellation Nr. 25 Lorenz Nägelin betreffend Vollzug der Asylgesetzverschärfung	17
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend Koordination der Zusammenarbeit und 100 Reintegrationsjobs zur erfolgreichen Umsetzung der 5. IV-Revision in Basel-Stadt	17
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Erstellung eines Solarkatasters	17
16.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Mirjam Ballmer betreffend ökologische Landwirtschaft	18
17.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Hansjörg M. Wirz und Konsorten betreffend einem gemeinsamen Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt und Basel-Landschaft und Thomas Baerlocher und Konsorten betreffend Zusammenlegung der beiden kantonalen Ämter für Umwelt und Energie	18
18.	Beantwortung der Interpellation Nr. 18 Sebastian Frehner betreffend detaillierter Besucherzahlen des Theater Basel nach Gemeinden	19
19.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag André Weissen auf Einreichung einer Standesinitiative zur Ergänzung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) betreffend Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen	19
20.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Heidi Mück und Konsorten betreffend Quartiertreffpunkte	20
21.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Aufgabenfeld Kantonsentwicklung des Präsidialdepartements	20
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ueli Mäder und Konsorten betreffend Einführung einer Kulturlegi	20
23.	Beantwortung der Interpellation Nr. 27 Alexander Gröflin betreffend ältester Schweizer Atomreaktor in Basel und der Interpellation Nr. 28 Urs Müller-Walz betreffend veralteter und gefährlicher Versuchsatomreaktor in der Nachbarschaft des neuen Kinderspitals: Ist die Regierung zur sofortigen Stilllegung bereit?	21
24.	Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Beatriz Greuter betreffend bevorstehender Notstand in den Gesundheitsberufen	21
25.	Beantwortung der Interpellation Nr. 35 Philippe Pierre Macherel betreffend Prämienprognose der Santésuisse	21

26.	Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Salome Hofer betreffend Gesundheitskosten im Kanton Basel-Stadt	22
27.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Streichung des § 31 Abs. 3 Gastgewerbegesetz	22
28.	Beantwortung der Interpellation Nr. 38 Tanja Soland betreffend halbe Regierungstätigkeit = doppelter Lohn?	23
29.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend der Einführung eines Mindest-Stundenlohns für ausgelagerte Dienstleistungen öffentlich-rechtlicher Betriebe	23
30.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Beat Jans und Konsorten betreffend quartierfreundliche Planung des Kinderspital-Areals sowie Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Wohnsitzpflicht auf dem Areal des Alten Kinderspitals	24
31.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Weiterführen von verdeckten Ermittlungen durch die Polizei	24
32.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Dieter Werthemann und Konsorten betreffend Festlegung von Einbürgerungskriterien	24
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Prüfung von Ausnüchterungszellen	25
34.	Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Ursula Metzger Junco P. betreffend "falschem Heimleiter"	25
35.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsabschlusses	26
36.	Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Jörg Vitelli und Christophe Haller betreffend Revision der speziellen Bauvorschriften auf dem vorderen Jakobsberg - Antrag auf Fristverlängerung	26
37.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Parkplatzbewirtschaftung Motorräder und Motorroller	26
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	28
	Anhang B: Neue Vorstösse	31

**Beginn der 19. Sitzung**

Mittwoch, 29. Juni 2011, 09:00 Uhr

**1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung**

[29.06.11 09:03:09, MGT]

**Mitteilungen**

*Markus Lehmann, Grossratspräsident:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

**Neues Ratsmitglied**

Ich habe Ihnen an der letzten Sitzung mitgeteilt, dass Otto Schmid die Nachfolge von Anita Heer antritt. An der Sitzung vom 8. Juni konnte Herr Schmid allerdings nicht teilnehmen. Nun ist er aber da und ich heisse ihn hier herzlich willkommen und wünsche ihm für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute. *[Applaus]*

**Einladung**

Der Jugend Circus Basilisk hat allen Ratsmitgliedern eine Einladung für die Premieren Vorstellung vom 2. Juli geschickt. Leider waren die Adressen auf der Einladungskarte unvollständig und so sind einige beim Parlamentsdienst gelandet. Die Einladungen liegen vorne auf dem Tisch und ich bitte jene Ratsmitglieder, die per Post keine erhalten haben und Interesse haben, sich hier vorne auf dem Tisch des Hauses eine Einladungskarte zu holen.

**Umbau des Grossratssaals**

Übermorgen, am 1. Juli, wird der Grossratssaal und der Telefonkabinenraum zur Baustelle und bleibt während zehn Wochen bis zum 9. September gesperrt. In dieser Zeit erfolgt im Grossratssaal der Einbau der Stromversorgung aller Arbeitsplätze, sowie sämtliche Vorbereitungsarbeiten für den Einbau der Abstimmungsanlage, welcher im Frühjahr 2012 in Betrieb genommen wird. Auf dem Tisch des Hauses liegt ein Schreiben der Bauleitung mit Detailangaben über die geplanten Arbeiten.

**Wasser**

Als Präsident dieses Rates trage ich eine gewisse Verantwortung für Ihre Gesundheit während den Grossratssitzungen. Angesichts der sommerlichen Temperaturen habe ich in der Eingangshalle Wasser bereitstellen lassen. Machen Sie bitte davon Gebrauch, genügend Flüssigkeit ist heute angesagt.

**Tagesordnung**

**Validierung der Gerichtswahlen**

Der Regierungsrat beantragt, das Schreiben 11.0810.01 betreffend Validierung der kantonalen Gerichtswahlen vom 15. Mai und vom 19. Juni 2011, mit Dringlichkeit auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Das Schreiben wurde Ihnen aufgelegt. Falls Sie dieser Dringlichkeit mit einem Zweidrittelmehr zustimmen, wird das Geschäft als neues Traktandum 38 auf heute 15.00 Uhr terminiert.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, das Schreiben 11.0810.01 betreffend Validierung der kantonalen Gerichtswahlen vom 15. Mai und vom 19. Juni 2011, mit Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

**Zusätzliche Traktandierung**

*Markus Lehmann, Grossratspräsident:* Christine Keller (SP) und Andreas Albrecht (LDP) beantragen, den Antrag des Regierungsrates und des Appellationsgerichts zur Erhöhung der Anzahl Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht (Ziffer 13 im Geschäftsverzeichnis auf Seite 5) direkt auf die heutige Tagesordnung zu nehmen und nicht der JSSK zur Vorberatung zuzuweisen. Die Zuweisung an die Wahlvorbereitungskommission bleibt aber so oder so bestehen. Für diese Ergänzung der Tagesordnung braucht es ein einfaches Mehr. Falls Sie der Ergänzung zustimmen, wird das Geschäft ebenfalls heute Nachmittag um 15.00 Uhr als Traktandum 39 terminiert.

*Felix Meier (SVP):* **beantragt**, das Geschäft nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Voten: *Andreas C. Albrecht (LDP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Felix Meier (SVP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen, den Bericht 11.0868.01 mit Terminierung auf die **Tagesordnung** zu setzen.

Das Ratsbüro beantragt Ihnen, das Geschäft 10, Staatsbeiträge an das Sinfonieorchester, vorzuziehen und heute nach Traktandum 5 zu behandeln, weil der Regierungspräsident heute Nachmittag aus achtbaren Gründen abwesend sein wird.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, das Geschäft 10 vorzuziehen und **nach Traktandum 5 zu behandeln**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen**.

**2. Entgegennahme der neuen Geschäfte**

[29.06.11 09:20:31, ENG]

**Zuweisungen**

*Markus Lehmann, Grossratspräsident:* Christine Heuss beantragt namens der BKK, den seit 12. Januar 2011 bei der BRK liegende Ratschlag für einen Investitionskostenbeitrag des Kantons an den Bau von Bandproberäumen im 2. Untergeschoss des Neubaus der Kuppel (Ziffer 29 im aktuellen Geschäftsverzeichnis Seite 9) nachträglich und zusätzlich **der BKK zum Mitbericht** zuzuweisen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Ratschlag 10.1967.01 **der BKK zum Mitbericht zuzuweisen**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, **die bereinigten Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

## **Kenntnisnahmen**

### **Der Grosse Rat nimmt Kenntnis**

von folgenden Geschäften:

- Dringliche Kreditbewilligung Nr. 02: WebBS - Einführung einer neuen Lösung für das Web Content Management mit angepasstem Web Corporate Design für den Kanton Basel-Stadt (FD, 11.0651.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sebastian Frehner betreffend neuem Steuergesetz (FD, 11.5088.02)
- Nachrücken von Otto Schmid als Mitglied des Grossen Rates (anstelle von Anita Heer) (11.5148.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Heidi Mück betreffend Gründe für die Überfüllung des Waaghofs und anderer Strafgefängnisse (JSD, 11.5089.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Verbreiterung der Passerelle des Bahnhofs SBB zwecks Behebung der Kapazitätsengpässe (stehen lassen) (BVD, 09.5108.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Remo Gallacchi betreffend Verlust an Steuereinnahmen durch Wohnsitz in anderen Kantonen (PD, 11.5082.02)

### **3. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Andreas Ungricht, SVP)**

[29.06.11 09:21:53, WA1]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die SVP-Fraktion nominiert Eduard Rutschmann (SVP) als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

#### **Der Grosse Rat wählt**

einstimmig bei 1 Enthaltung **Eduard Rutschmann** als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**4. Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2010 des Kantons Basel-Stadt sowie Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zu den Rechnungen 2010 der fünf kantonalen Museen**

[29.06.11 09:23:03, FKom BKK, FD PD, 11.5160.01, HGR]

Die Finanzkommission des Grossen Rates beantragt, die Staatsrechnung 2010 zu genehmigen.

*Markus Lehmann, Grossratspräsident:* gibt den Ablauf der Beratung der Staatsrechnung bekannt:

Wir haben jetzt erstmals - wie auch im Budget - die Jahresberichte der kantonalen Museen und des Öffentlichen Verkehrs nicht mehr gesondert traktandiert, sondern in Absprache mit den betroffenen Kommissionspräsidenten in die Beratung des Berichts der Finanzkommission integriert.

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission Seiten 1 - 27 und die Staatsrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht der Referent der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte eingebracht.

Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin und der Vorsteher des "Kulturdepartements", anschliessend die Fraktionen und dann die Einzelvotierenden. Das erste Schlusswort zum Eintreten haben die beiden Mitglieder des Regierungsrates, das zweite Schlusswort hätte nochmals der Referent der BKK und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Finanzkommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung.

Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Genehmigungsantrages auf Seite 46 des Berichts und die Schlussabstimmung.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

**Eintretensdebatte**

Voten: *Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; Oswald Inglin, Referent der Bildungs- und Kulturkommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Patrizia Bernasconi (GB); Christine Keller (SP); Christoph Wydler (EVP/DSP); Sebastian Frehner (SVP); André Weissen (CVP); Daniel Stolz (FDP)*

**Zwischenfragen**

Voten: *Tanja Soland (SP); Daniel Stolz (FDP); Christine Keller (SP); Daniel Stolz (FDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Tanja Soland (SP); Jürg Stöcklin (GB)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf den Bericht der Finanzkommission **ein**.

**Detailberatung**

**des Berichts der Finanzkommission.**

*Markus Lehmann, Grossratspräsident:* Bei jedem Departement erhalten zuerst die zuständige Vorsteherin oder der zuständige Vorsteher des jeweiligen Departements das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende, und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrates.

**Präsidialdepartement**

keine Wortmeldungen.

**Bau- und Verkehrsdepartement**

keine Wortmeldungen.

**Erziehungsdepartement**

Voten: *Salome Hofer (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Finanzdepartement**

keine Wortmeldungen.

**Gesundheitsdepartement**

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Voten: *André Auderset (LDP)*

**Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt**

keine Wortmeldungen.

**Gerichte**

keine Wortmeldungen.

**Parlament**

keine Wortmeldungen.

**Regierungsrat**

keine Wortmeldungen.



**Detailberatung**

**des Mitberichts der Bildungs- und Kulturkommission.**

**Schlussabstimmung**

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Staatsrechnung 210 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Laufenden und der Investitionsrechnung 2010 sowie der Bestandesrechnung per 31. Dezember 2010, wird wie folgt genehmigt:

**Laufende Rechnung**

Ordentlicher Aufwand	CHF	4'902'972'771
Ordentlicher Ertrag	CHF	5'180'498'322
<b>Ordentliches Ergebnis (Ertragsüberschuss)</b>	<b>CHF</b>	<b>277'525'551</b>

**Investitionsrechnung**

Ausgaben	CHF	316'311'866
Einnahmen	CHF	22'853'291
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>CHF</b>	<b>293'458'575</b>

**Bilanz**

Total Finanzvermögen (inklusive Vorschuss für Spezialfinanzierung)	CHF	3'150'188'693
Total Verwaltungsvermögen	CHF	2'970'721'606
<b>Total Aktiven</b>	<b>CHF</b>	<b>6'120'910'299</b>
Total Fremdkapital	CHF	4'959'360'751
Total Eigenkapital	CHF	1'161'549'548
<b>Total Passiven</b>	<b>CHF</b>	<b>6'120'910'299</b>

Der Anhang zur Jahresrechnung (Seiten 96 bis 115 des Jahresberichts) wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**5. Ratschlag betreffend Universitätsspital Basel; Umnutzung der Medizinischen Bibliothek zu Forschungslabors**

[29.06.11 11:26:04, GSK, GD, 11.0296.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.0296.01 einzutreten und einen Kredit in der Höhe von CHF 10'900'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Absatz 1, Kreditbeschluss

Absatz 2, Beiträge Dritter

Publikations- und Referendums Klausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Realisierung des Projektes "Umnutzung der Medizinischen Bibliothek zu Forschungslabors" wird ein Kredit von CHF 10'900'000 (Preisbasis Baupreisindex [Hochbau] Nordwestschweiz = 117.3 Punkte per Oktober 2009), aufgeteilt auf die Jahre 2011 (CHF 1'700'000) und 2012 (CHF 9'200'000) zulasten des Investitionsbereiches Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Gesundheit, Universitätsspital Basel, bewilligt.

Die allfälligen Drittmittel werden vollumfänglich von der bewilligten Summe in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**10. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Orchester für die Jahre 2011/12 - 2014/15**

[29.06.11 11:32:05, BKK, PD, 11.0666.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.0666.01 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 37'388'460 zu bewilligen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

**Schluss der 19. Sitzung**

12:00 Uhr

---

**Beginn der 20. Sitzung**

Mittwoch, 29. Juni 2011, 15:00 Uhr

**Besuch auf der Zuschauertribüne**

*Markus Lehmann, Grossratspräsident:* Ich begrüsse auf der Tribüne des Rathauses die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des "Amtlichen Bulletins", das heisst, des Protokolldienstes der Bundesversammlung. Sie verbinden ihren jährlichen Betriebsausflug mit einem Besuch im wohl schönsten Rathaus des Landes. Als kantonales Parlament stehen wir vielleicht etwas weniger im öffentlichen Rampenlicht, als der Nationalrat und der Ständerat. Umso mehr freuen wir uns darüber, dass Sie im Rahmen Ihrer Weiterbildung einen Blick in ein kantonales Parlament werfen. Seien Sie herzlich willkommen ! *[Applaus]*

**Fortsetzung der Beratungen** zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Orchester für die Jahre 2011/12 - 2014/15

Voten: *Martina Bernasconi (GLP); Oskar Herzig (SVP); Heidi Mück (GB); Andrea Bollinger (SP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

*Markus Lehmann, Grossratspräsident:* Hier ist eine Korrektur vorzunehmen: die Stiftung Basler Orchester heisst jetzt "Stiftung Sinfonieorchester Basel".

**Detailberatung**

Ziffer 1. Betriebsbeitrag pro Spielzeit

Ziffer 2. Übernahme der Arbeitgeberkosten für die Personalvorsorge plus zusätzlich die Übernahme der Arbeitgeberkosten der Sanierung der Pensionskasse

Publikations- und Referendums Klausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Stiftung Sinfonieorchester Basel werden folgende Beiträge bewilligt:

**1. Betriebsbeitrag** pro Spielzeit CHF 6'840'115

für die Spielzeiten von 2011/12 bis 2014/15

Budgetposition KST 3708210, KA 365100, St.A. 370821000001

**2. Übernahme der Arbeitgeberkosten für die Personalvorsorge** (2.Säule)

gemäss effektivem Aufwand pro Spielzeit 2011/12 bis 2014/15 voraussichtlich CHF 1'082'000

plus zusätzlich die Übernahme der Arbeitgeberkosten der Sanierung der Pensionskasse (Stand 31. Dezember 2010 CHF 5'700'000 inklusive Besitzstandskosten)

Budgetposition KST 3708210, KA 365100, St.A. 370821000002

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

### 38. Kantonale Gerichtswahlen vom 15. Mai / 19. Juni 2011; Validierung

[29.06.11 15:19:09, PD, 11.0810.01, VAL]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Schreiben 11.0810.01 einzutreten und die Wahlen ins Appellationsgericht und ins Zivilgericht zu validieren.

#### Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben ein.

#### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig:

Die im Kantonsblatt vom 18. Mai 2011 und 22. Juni 2011 (zweiter Wahlgang) publizierten Neuwahlen eines Präsidiums des Appellationsgerichts (100%), eines Präsidiums des Appellationsgerichts (70%), von zwei Präsidien des Appellationsgerichts (je 50%) sowie von zwei Präsidien des Zivilgerichts (je 50%) werden für gültig erklärt.

Demnach sind gewählt worden:

Zu einem Präsidenten des Appellationsgerichts (100%): **Christian Hoenen**

Zu einem Präsidenten des Appellationsgerichts (70%): **Claudius Gelzer**

Zu einer Präsidentin / einem Präsidenten des Appellationsgerichts (je 50%): **Eva Christ, Olivier Steiner**

Zu einer Präsidentin / einem Präsidenten des Zivilgerichts (je 50%): **Anita Heer, Beat Schönenberger**

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

### 39. Bericht des Regierungsrates zum Bericht und Antrag des Appellationsgerichts auf befristete Erhöhung der Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht von neun auf zehn.

[29.06.11 15:20:15, PD, 11.0868.01, SCH]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Schreiben 11.0868.01 einzutreten und die beantragte befristete Erhöhung der Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht zu genehmigen.

Voten: *Felix Meier (SVP); Andreas C. Albrecht (LDP)*

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Schreiben einzutreten.

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht wird für die Zeit vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012 von neun auf zehn erhöht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**6. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht Nr. 11.0435.01 zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB für die Periode 2011 - 2014 (Planungsbericht IWB 2011 - 2014)**

[29.06.11 15:23:56, UVEK, WSU, 11.0435.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 11.0435.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Jürg Stöcklin (GB)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Ziffer 1, Leistungsauftrag an die IWB

Ziffer 2, Investitionsrahmen der IWB

Ziffer 3, vorzeitige Auflösung des bestehenden Leistungsauftrags der IWB

Publikations- und Referendums Klausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Leistungsauftrag an die IWB für die Periode 2011- 2014 wird genehmigt.
2. Der Investitionsrahmen der IWB für die Periode 2011 – 2014 wird mit Gesamtinvestitionen pro Sparte wie folgt genehmigt:
  - a. Sparte Strom CHF 489'200'000
  - b. Sparte Fernwärme inkl. KVA CHF 107'000'000
  - c. Sparte Gas CHF 40'200'000
  - d. Sparte Wasser CHF 74'200'000
  - e. Sparte Telekom CHF 66'500'000
  - f. Sparte Energiedienstleistungen CHF 38'000'000
3. Der mit Grossratsbeschluss Nr. 10/23/6G vom 9. Juni 2010 genehmigte Leistungsauftrag 2010 – 2013 wird unter dem Vorbehalt, dass gegen Ziffer 2 dieses Beschlusses nicht erfolgreich das Referendum ergriffen wird, vorzeitig aufgelöst.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Ziffer 2 unterliegt dem Referendum.

7. **Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 10.0949.01 Neue Rheinuferpromenade vom St. Johannis-Park bis nach Huningue (F) und Bericht zu einem Anzug**

[29.06.11 15:31:45, UVEK, BVD, 10.0949.02 08.5022.03, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 10.0949.02 einzutreten und einen Kredit in der Höhe von CHF 27'970'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Heiner Vischer (LDP); Stephan Luethi (SP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Bauplanung und Erstellung der neuen Rheinuferpromenade vom St. Johannis-Park bis zur Landesgrenze Frankreich (Bereich Hafen St. Johann) wird ein Baukredit in der Höhe von CHF 27'970'000 inkl. MWSt. (Preisbasis Produktionskosten-Index (PKI) Mai 2009) zu Lasten der Investitionsrechnungen 2011 bis 2015 des Investitionsbereichs 1 "Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur", Bau- und Verkehrsdepartement / Tiefbauamt (Position 6170.200.20001), bewilligt. Die erwarteten Beiträge des Bundes sind dem Kredit gutzuschreiben.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, den Anzug Andrea Bollinger und Konsorten betreffend Zugänglichkeit zur neuen Rheinuferpromenade St. Johann (08.5022) als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 08.5022 ist **erledigt**.

**8. Ratschlag Bahnhofkühlhaus / BVB-Werkstätten; Zonenänderung und Aufhebung eines Bebauungsplans im Bereich Münchensteinerstrasse, Wolfgottesacker (ehemaliges Areal Bahnhofkühlhaus)**

[29.06.11 15:50:12, BRK, BVD, 11.0059.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.0059.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

I. Zonenänderung

II. Aufhebung Bebauungsplan Nr. 154

III. Publikation

Rechtsmittelbelehrung

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem vorgelegten Beschlussentwurf wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der vollständige Grossratsbeschluss mit Rechtsmittelbelehrung ist im Kantonsblatt Nr. 50 vom 2. Juli 2011 publiziert.
---

**9. Ratschlag betreffend Forstwerkhof auf dem Areal der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen, Genehmigung Baurechtsvertrag**

[29.06.11 15:52:43, BRK, FD, 10.2004.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 10.2004.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Baurechtsvertrag vom 22. Juli 2010 (Baurechtsparzelle Nr. 60'000 mit 2'703 m<sup>2</sup> auf Stammparzelle Nr. 870 des Grundbuches Menzingen, Baurecht vom 1. Januar 2010 bis 1. Januar 2060, Baurechtszins CHF 6'756 pro Jahr, Baurechtgeber Kanton Basel-Stadt zu drei Viertel und Kanton Zug zu einem Viertel, Baurechtnehmer Kanton Zug) wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der genehmigte Baurechtsvertrag ist im Anhang zum Ratschlag 10.2004.01 publiziert.
--

**11. Bericht der Petitionskommission zur Petition P266 "Für einen kindgerechten und sauberen Pausenplatz"**

[29.06.11 15:55:01, PetKo, 09.5170.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P266 "Für einen kindgerechten und sauberen Pausenplatz" (09.5170) an den Regierungsrat zur erneuten Stellungnahme innert einem halben Jahr zu überweisen.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Petition P266 (09.5170) zur Stellungnahme innert einem halben Jahr an den Regierungsrat zu **überweisen**.



**12. Beantwortung der Interpellation Nr. 21 Jürg Meyer betreffend Nothilfe, ungenügend zum Überleben**

[29.06.11 16:02:57, WSU, 11.5090.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 11.5090 ist **erledigt**.

**13. Beantwortung der Interpellation Nr. 25 Lorenz Nägelin betreffend Vollzug der Asylgesetzverschärfung**

[29.06.11 16:06:15, WSU, 11.5095.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 11.5095 ist **erledigt**.

**14. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend Koordination der Zusammenarbeit und 100 Reintegrationsjobs zur erfolgreichen Umsetzung der 5. IV-Revision in Basel-Stadt**

[29.06.11 16:08:42, WSU, 09.5043.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 09.5043 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5043 ist **erledigt**.

**15. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Erstellung eines Solarkatasters**

[29.06.11 16:09:10, WSU, 09.5068.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 09.5068 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5068 ist **erledigt**.

**16. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Mirjam Ballmer betreffend ökologische Landwirtschaft**

[29.06.11 16:09:30, WSU, 10.5338.02, SPA]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag 10.5338 nicht zu überweisen.

*Mirjam Ballmer (GB): beantragt Überweisung* an den Regierungsrat zur Umsetzung.

Voten: *Heiner Vischer (LDP); David Wüest-Rudin (GLP); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Mirjam Ballmer (GB); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Jürg Meyer (SP)*

Voten: *Jürg Stöcklin (GB)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 54 gegen 17 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Planungsantrag **nicht zu überweisen**.

Der Planungsantrag 10.5338 ist **erledigt**.

**17. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Hansjörg M. Wirz und Konsorten betreffend einem gemeinsamen Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt und Basel-Landschaft und Thomas Baerlocher und Konsorten betreffend Zusammenlegung der beiden kantonalen Ämter für Umwelt und Energie**

[29.06.11 16:26:14, WSU, 99.6071.07 05.8291.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge 99.6071 und 05.8291 als erledigt abzuschreiben.

Voten: *Helmut Hersberger (FDP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug Hansjörg M. Wirz und Konsorten **abzuschreiben**.

Der Anzug 99.6071 ist **erledigt**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug Thomas Baerlocher und Konsorten **abzuschreiben**.

Der Anzug 05.8291 ist **erledigt**.

**18. Beantwortung der Interpellation Nr. 18 Sebastian Frehner betreffend detaillierter Besucherzahlen des Theater Basel nach Gemeinden**

[29.06.11 16:28:42, PD, 11.5078.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Sebastian Frehner (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 11.5078 ist **erledigt**.

**19. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag André Weissen auf Einreichung einer Standesinitiative zur Ergänzung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) betreffend Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen**

[29.06.11 16:29:19, PD, 10.5354.02, SAS]

Der Regierungsrat beantragt, den Antrag 10.5354 auf Einreichung einer Standesinitiative abzulehnen und den Antrag als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat**

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben ein.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, keine Standesinitiative einzureichen.

Der Antrag 10.5354 ist **erledigt**.

**20. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Heidi Mück und Konsorten betreffend Quartiertreffpunkte**

[29.06.11 16:29:53, PD, 10.5343.02, SPA]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag 10.5343 nicht zu überweisen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Planungsantrag **nicht zu überweisen**.

Der Planungsantrag 10.5343 ist **erledigt**.

**21. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Aufgabenfeld Kantonsentwicklung des Präsidialdepartements**

[29.06.11 16:30:16, PD, 10.5344.02, SPA]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag 10.5344 nicht zu überweisen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Planungsantrag **nicht zu überweisen**.

Der Planungsantrag 10.5344 ist **erledigt**.

**22. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ueli Mäder und Konsorten betreffend Einführung einer Kulturlegi**

[29.06.11 16:30:40, PD, 01.6754.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 01.6754 abzuschreiben.

*Beatrice Alder Finzen (GB): beantragt*, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Jürg Meyer (SP); Martina Bernasconi (GLP); Beatriz Greuter (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 51 gegen 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 01.6754 ist **erledigt**.

**23. Beantwortung der Interpellation Nr. 27 Alexander Gröflin betreffend ältester Schweizer Atomreaktor in Basel und der Interpellation Nr. 28 Urs Müller-Walz betreffend veralteter und gefährlicher Versuchsatomreaktor in der Nachbarschaft des neuen Kinderspitals: Ist die Regierung zur sofortigen Stilllegung bereit?**

[29.06.11 16:37:23, GD, 11.5097.02 11.5107.02, BIN]

Die Beantwortung der Interpellationen wurde Ihnen schriftlich zugestellt.

Die Interpellanten sind abwesend.

Die Interpellationen 11.5097 und 11.5107 sind **erledigt**.

**24. Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Beatriz Greuter betreffend bevorstehender Notstand in den Gesundheitsberufen**

[29.06.11 16:37:48, GD, 11.5121.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Beatriz Greuter (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 11.5121 ist **erledigt**.

**25. Beantwortung der Interpellation Nr. 35 Philippe Pierre Macherel betreffend Prämienprognose der Santésuisse**

[29.06.11 16:40:07, GD, 11.5128.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Philippe Pierre Macherel (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 11.5128 ist **erledigt**.

**26. Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Salome Hofer betreffend Gesundheitskosten im Kanton Basel-Stadt**

[29.06.11 16:42:18, GD, 11.5129.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Salome Hofer (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 11.5129 ist **erledigt**.

**27. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Streichung des § 31 Abs. 3 Gastgewerbegesetz**

[29.06.11 16:43:04, GD, 10.5355.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 10.5355 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen eine Umsetzung innert einem Jahr.

*Oskar Herzig (SVP)*: **beantragt Nichtüberweisung**.

*Emmanuel Ullmann (GLP)*: **beantragt Überweisung als Motion**.

Voten: *Annemarie Pfeifer (EVP/DSP)*; *Salome Hofer (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Bruno Jagher (SVP)*; *Salome Hofer (SP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 40 gegen 34 Stimmen, die Motion 10.5355 **in einen Anzug umzuwandeln**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 62 gegen 8 Stimmen, den **Anzug 10.5355** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**28. Beantwortung der Interpellation Nr. 38 Tanja Soland betreffend halbe Regierungstätigkeit = doppelter Lohn?**

[29.06.11 16:54:45, FD, 11.5131.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Tanja Soland (SP)*

*Markus Lehmann, Grossratspräsident:* Entgegen dem Vermerk auf der Tagesordnung wurde die Interpellation nicht durch das Finanzdepartement, sondern durch das Präsidialdepartement beantwortet.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 11.5131 ist **erledigt**.

**29. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend der Einführung eines Mindest-Stundenlohns für ausgelagerte Dienstleistungen öffentlich-rechtlicher Betriebe**

[29.06.11 16:57:58, FD, 10.5386.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 10.5386 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionärinnen verlangen eine Umsetzung innert einem Jahr.

*Ursula Metzger Junco (SP):* beantragt **Überweisung**.

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Daniel Stolz (FDP); David Wüest-Rudin (GLP); Heidi Mück (GB); Patrick Hafner (SVP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Baschi Dürr (FDP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 42 gegen 42 Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten, die Motion nicht zu überweisen.  
Die Motion 10.5386 ist **erledigt**.

**30. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Beat Jans und Konsorten betreffend quartierfreundliche Planung des Kinderspital-Areals sowie Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Wohnsitzpflicht auf dem Areal des Alten Kinderspitals**

[29.06.11 17:22:55, FD, 10.5246.02 10.5238.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge 10.5246 und 10.5238 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug Beat Jans und Konsorten **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5246 ist **erledigt**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug Brigitta Gerber und Konsorten **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5238 ist **erledigt**.

**31. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Weiterführen von verdeckten Ermittlungen durch die Polizei**

[29.06.11 17:23:31, JSD, 10.5323.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 10.5323 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 10.5323 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.



### 32. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Dieter Werthemann und Konsorten betreffend Festlegung von Einbürgerungskriterien

[29.06.11 17:24:00, JSD, 11.5013.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 11.5013 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese **als Anzug** zu überweisen.

Die Motionäre verlangen eine Umsetzung innert einem Jahr.

*Ursula Metzger Junco (SP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Christoph Wydler (EVP/DSP)*

*Andreas Ungricht (SVP): beantragt Überweisung als Motion.*

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP); Jürg Stöcklin (GB); Lukas Engelberger (CVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

mit 52 gegen 21 Stimmen, die Motion 11.5013 in einen Anzug umzuwandeln.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

mit 42 gegen 37 Stimmen, den Anzug nicht zu überweisen.

Der Anzug 11.5013 ist **erledigt**.

### 33. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Prüfung von Ausnüchterungszellen

[29.06.11 17:42:18, JSD, 10.5074.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5074 abzuschreiben.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5074 ist **erledigt**.

**34. Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Ursula Metzger Junco P. betreffend "falschem Heimleiter"**

[29.06.11 17:42:38, ED, 11.5130.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Ursula Metzger Junco (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 11.5130 ist **erledigt**.

**35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsabschlusses**

[29.06.11 17:45:59, ED, 08.5299.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 08.5299 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 08.5299 ist **erledigt**.

**36. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Jörg Vitelli und Christophe Haller betreffend Revision der speziellen Bauvorschriften auf dem vorderen Jakobsberg - Antrag auf Fristverlängerung**

[29.06.11 17:46:17, BVD, 09.5263.03, SMO]

Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Ausarbeitung einer Vorlage bis am 17. März 2012 zu erstrecken.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Frist zur Ausarbeitung einer Vorlage bis am **17. März 2012** zu erstrecken.

### 37. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Parkplatzbewirtschaftung Motorräder und Motorroller

[29.06.11 17:46:44, BVD, 08.5349.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 08.5349 abzuschreiben.

*Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP): beantragt*, den Anzug **stehen zu lassen** und an die UVEK zu überweisen.

Voten: *Heiner Vischer (LDP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 37 gegen 35 Stimmen, den Anzug 08.5349 **stehen zu lassen** und **der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zu überweisen**.

#### Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Abweisungen von Frauen in Frauenhäusern wegen Platzmangel (11.5185.01).
- Schriftliche Anfrage Maria Berger-Coenen betreffend einem vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltsrecht für von Gewalt betroffenen Migrantinnen (11.5186.01).
- Schriftliche Anfrage Roland Lindner betreffend Syngenta Areal in Basel (11.5193.01).
- Schriftliche Anfrage Martina Saner betreffend Mitsprache von Menschen mit geistiger Behinderung und deren Angehörigen in den Institutionen des kantonalen Verbundsystems Basel-Stadt (10.5195.01).
- Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Saubere Bäder durch mehr Warmduscher (10.5196.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

#### Schluss der 20. Sitzung

17:57 Uhr

Basel, 29. Juni 2011

Markus Lehmann  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

## Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

### Direkt auf die Tagesordnung kommen

	Komm.	Dep.	Dokument
1. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag 10.0949.01 Neue Rheinuferpromenade vom St. Johannis-Park bis Huningue (F). Ausführungsprojektierung und Realisierung der Rheinuferpromenade im Abschnitt St. Johannis-Park bis Landesgrenze Frankreich (Bereich Hafen St. Johann) und Bericht zu einem Anzug	<b>UVEK</b>	BVD	10.0949.02 08.5022.03
2. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht 11.0435.01 zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB für die Periode 2011 - 2014 (Planungsbericht IWB 2011 - 2014)	<b>UVEK</b>	WSU	11.0435.02
3. Bericht der Petitionskommission zur Petition P266 "Für einen kindergerechten und sauberen Pausenplatz"	<b>PetKo</b>		09.5170.03
4. Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2010 des Kantons Basel-Stadt sowie Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zu den Rechnungen 2010 der fünf kantonalen Museen	<b>FKom</b>		11.5160.01
5. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend der Einführung eines Mindest-Stundenlohns für ausgelagerte Dienstleistungen öffentlich-rechtlicher Betriebe		FD	10.5386.02
6. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Dieter Werthemann und Konsorten betreffend Festlegung von Einbürgerungskriterien		JSD	11.5013.02
7. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Heidi Mück und Konsorten betreffend Quartiertreffpunkte		PD	10.5343.02
8. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Aufgabefeld Kantonsentwicklung des Präsidialdepartements		PD	10.5344.02
9. Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag André Weissen auf Einreichung einer Standesinitiative zur Ergänzung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) betreffend Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen		PD	10.5354.02
10. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ueli Mäder und Konsorten betreffend Einführung einer Kulturlegi		PD	01.6754.04
11. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Hansjörg W. Wirz und Konsorten betreffend einem gemeinsamen Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie zum Anzug Thomas Baerlocher und Konsorten betreffend Zusammenlegung der beiden kantonalen Ämter für Umwelt und Energie		WSU	99.6071.07 05.8291.04

### Überweisung an Kommissionen

12. Gemeinsamer Bericht der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Staatsvertrag Zusammenlegung BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörde beider Basel zur beruflichen Vorsorge und Stiftungsaufsicht beider Basel BSABB sowie Änderungen des Gesetzes betreffend die Einführungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB) sowie Schreiben zu einem Anzug <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	<b>JSSK</b>	JSD	11.0825.01 08.5324.03
13. Antrag des Appellationsgerichts auf befristete Erhöhung der Zahl der Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter am Appellationsgericht von neun auf zehn. Wahl eines zusätzlichen Ersatzrichters an das Appellationsgericht	<b>WVKo</b>	PD	11.0868.01
14. Ausgabenbericht Subventionsvertrag mit dem Verein Gassenküche Basel für die Jahre 2012 bis 2016	<b>GSK</b>	WSU	11.0229.01
15. Bericht des Regierungsrates betreffend Schweizerische Rheinhäfen - Orientierung über das Geschäftsjahr 2010 gemäss § 36 Abs. 2 Rheinhafen-Staatsvertrag	<b>IGPK Rhein- häfen</b>	WSU	11.0822.01

16.	Ausgabenbericht Umbau und Instandsetzung Spiegelhof (UMS). Planungskredit für das Vorprojekt	<b>BRK</b>	BVD	11.0855.01
17.	Berichterstattung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2010	<b>IPK FHNW</b>	ED	11.0859.01
18.	Ratschlag für einen Investitionskostenbeitrag des Kantons an den Bau von Bandproberäumen im 2. Untergeschoss des Neubaus der Kuppel	<b>Mitbe- richt BKK</b>		10.1967.01

**An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung**

19.	Motionen:			
	a) Sibylle Benz Hübner und Konsorten zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Working Poor			11.5181.01
	b) Heidi Mück und Konsorten zur Änderung des Lohngesetzes: Kein Lohn unter CHF 4'000 beim Kanton			11.5182.01
20.	Anzüge:			
	a) Heiner Vischer und Konsorten betreffend erneute Abklärungen des Einsatzes von Geothermie zur Wärmegewinnung und Elektrizitäts- Produktion ohne Erdbeben			11.5169.01
	b) Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Durchführung einer Informationskampagne über Energiesparen			11.5170.01
	c) Christine Wirz-von Planta und Konsorten betreffend Masterplan Energiesparen für den Kanton Basel-Stadt			11.5171.01
	d) André Auderset und Konsorten betreffend Masterplan Energieversorgung für den Kanton Basel-Stadt			11.5172.01
	e) Martin Lüchinger und Konsorten betreffend Aufhebung der Parkplätze am Unteren Rheinweg			11.5173.01
	f) Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Einführung eines Gelöbnis' bei Amtsantritt einer Grossrätin, eines Grossrates			11.5174.01
	g) Heidi Mück und Konsorten betreffend grosszügiger Regelungen für Strassenfeste im Allmendgesetz und in den Bepflanzungsplänen			11.5175.01
	h) Oswald Inglin und Konsorten betreffend reguläres Studium für Quereinsteigende an der Pädagogischen Hochschule FHNW mit einem offiziellen EDK-Abschluss			11.5176.01
	i) Eduard Rutschmann und Konsorten betreffend Erhaltung des Moostals als Naherholungsgebiet			11.5178.01
	j) Sibel Arslan und Konsorten betreffend Anpassung des Grundbedarfs bei der Sozialhilfe an die Ansätze im Kanton Basel-Landschaft			11.5179.01
	k) Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Mangel an Vollzugsplätzen für stationäre psychiatrische Massnahmen von verurteilten Delinquenten, Minimierung der Gefahr für Frauen			11.5184.01
21.	Antrag Ursula Metzger Junco P. zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt			11.5183.01
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Attestlehre für FahrradmechanikerIn und MotorradmechanikerIn		ED	09.5107.02
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Erneuerung der Hörnliallee in Riehen		BVD	07.5121.03

**Kenntnisnahme**

- |     |   |     |            |
|-----|---|-----|------------|
| 24. | Dringliche Kreditbewilligung Nr. 02: WebBS - Einführung einer neuen Lösung für das Web Content Management mit angepasstem Web Corporate Design für den Kanton Basel-Stadt             | FD  | 11.0651.01 |
| 25. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sebastian Frehner betreffend neuem Steuergesetz   | FD  | 11.5088.02 |
| 26. | Nachrücken von Otto Schmid als Mitglied des Grossen Rates (anstelle von Anita Heer)   |     | 11.5148.02 |
| 27. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Heidi Mück betreffend Gründe für die Überfüllung des Waaghofs und anderer Strafgefängnisse                                    | JSD | 11.5089.02 |
| 28. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Verbreiterung der Passerelle des Bahnhofs SBB zwecks Behebung der Kapazitätsengpässe (stehen lassen) | BVD | 09.5108.02 |
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Remo Gallacchi betreffend Verlust an Steuereinnahmen durch Wohnsitz in anderen Kantonen                                       | PD  | 11.5082.02 |

## Anhang B: Neue Vorstösse

### Antrag

- a) **Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt**

11.5183.01

Der Regierungsrat wird gebeten, im Namen des Kantons Basel-Stadt bei den eidgenössischen Räten folgende Standesinitiative einzureichen:

Gestützt auf den Artikel 160, Absatz 1 der Bundesverfassung unterbreitet der Kanton Basel-Stadt der Bundesversammlung folgende Initiative:

"Die Bundesversammlung wird ersucht, raschmöglichst alle erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt von der Schweiz unterzeichnet, ratifiziert und in der hiesigen Gesetzgebung umgesetzt werden kann".

Begründung:

Gemäss diverser Studien ist jede dritte Frau in ihrem Leben von Gewalt, insbesondere häuslicher Gewalt, betroffen. Häusliche Gewalt findet unabhängig der Nationalität und der gesellschaftlichen Schicht statt. Sie ist leider nach wie vor sehr verbreitet und stellt in vielen Gesellschaften nach wie vor ein Tabuthema dar, über welches weder die von Gewalt betroffenen Frauen noch die gewaltausübenden Männer sprechen.

Der Schutz von gewaltbetroffenen Frauen ist nach wie vor ungenügend. Insbesondere Migrantinnen müssen aufgrund der Abhängigkeit ihres Aufenthaltsstatus bei einer Strafanzeige gegen den gewaltausübenden Ehemann mit einer Wegweisung aus der Schweiz rechnen. Dies führt dazu, dass viele Frauen die Gewalt im häuslichen Umfeld erleben, diese schweigend hinnehmen und sich nicht dagegen wehren.

Die schweizerische Gesetzgebung ist in vielen Punkten mangelhaft, sie kann den Schutz gewaltbetroffener Frauen nicht gewährleisten. Auch der Schutz von von Menschenhandel betroffenen Frauen ist heute nicht sichergestellt, was wiederum dazu führt, dass viele Frauen sich nicht getrauen, Strafanzeige gegen ihre Peiniger zu erstatten, da sie Angst vor den Konsequenzen haben.

Das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt fordert umfassende Massnahmen zum Schutz der Frauen.

Am 7. April 2011 hat das Ministerkomitee des Europarates die neue Konvention zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verabschiedet. Die Konvention ist das erste rechtlich bindende Instrument auf europäischer Ebene mit dem Ziel, die Opfer vor Gewalt zu schützen und die Straflosigkeit der Täter und Täterinnen zu beenden.

Die äusserst umfangreiche Konvention sieht unter anderem Massnahmen in den Bereichen Prävention, Betreuung und Hilfe, Rechtsschutz und (zivil- und strafrechtliche) Verfahren vor. Ein weiteres Kapitel ist dem Themenbereich Migration und Asyl gewidmet. Erfasst werden alle Formen von Gewalt gegen Frauen, einschliesslich häuslicher Gewalt, von welcher Frauen unverhältnismässig stark betroffen sind wie Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung, Stalking, physische und psychologische Gewalt und sexuelle Gewalt etc. (Quelle: [www.humanrights.ch](http://www.humanrights.ch)).

Ursula Metzger Junco P., Sibylle Benz Hübner, Brigitta Gerber, Dominique König-Lüdin, Atilla Toptas, Heidi Mück, Stephan Luethi-Brüderlin, Doris Gysin

### Motionen

- a) **Motion zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Working Poor**

11.5181.01

Frauen und insbesondere Frauen mit Kindern sind besonders stark betroffen vom Armutsrisiko. Im Kanton Basel-Stadt gibt es rund 4'800 Alleinerziehende mit unmündigen Kindern. 84% von ihnen sind Frauen. Nur 46% der Alleinerziehenden erhalten überhaupt Alimente. Alleinerziehende Frauen sind - mit und ohne Alimente - die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsquote. Zahlreiche dieser Personen werden von der Sozialhilfe unterstützt, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen. Sie zählen somit zu den sogenannten Working Poor. Mindestens 30% der Personen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, leben als Working Poor, das heisst sie sind effektiv erwerbstätig und dennoch reicht ihr Einkommen zum Leben nicht aus. Frauenarmut wird auch dadurch begünstigt, dass in der Schweiz die geschlechtsspezifische Lohndifferenz zwischen gleich qualifizierten Männern

und Frauen noch immer bei fast 10% in der Privatwirtschaft und bei rund 4% beim Bund liegt, vor der Bereinigung um strukturelle Faktoren wie Qualifikation, Alter, Branche, Region bei über 24% bzw. über 17%. Da es nicht als richtig erachtet werden kann, dass Personen, die erwerbstätig sind (teilweise sogar Vollzeitbeschäftigte), Sozialhilfe beanspruchen müssen, verlangen die Unterzeichnenden Motionärinnen und Motionäre die Einführung von Ergänzungsleistungen für Working Poor-Haushalte mit Kindern - seien es Einzeltern- oder Zweielternhaushalte - in denen das Einkommen für den Lebensunterhalt nicht ausreicht.

Im Kanton Waadt wurde ein Gesetz zur Einführung von Ergänzungsleistungen eingeführt, deren Finanzierung zu zwei Dritteln durch den Kanton und zu einem Drittel durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfolgt (ein Gesetz mit ähnlicher Zielsetzung wurde ebenfalls im Kanton Solothurn eingeführt).

Die Motionäre und Motionärinnen beauftragen den Regierungsrat, nach dem Vorbild des Kantons Waadt oder mit ähnlichen Massnahmen, die zum gleichen Resultat führen, ein Gesetz zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Working Poor-Haushalte zu erlassen, welches den im Erwerbsleben stehenden Personen den demütigenden Gang auf das Sozialamt erspart. Die abzudeckenden Einkommensrichtwerte sollen sich nach den Richtsätzen der eidgenössischen Ergänzungsleistungen und der baselstädtischen Beihilfen richten und auch am baselstädtischen Mietzinsniveau orientieren. Das Gesetz soll sicherstellen, dass der zusätzliche Lebensbedarf der Kinder bis zum zurückgelegten 18. Altersjahr, bei fortdauernder Ausbildung bis spätestens zum zurückgelegten 25. Lebensjahr bei ungenügenden Einkommen durch Ergänzungsleistungen abgedeckt wird. Ebenso soll eine angemessene berufliche Freistellung der Eltern für die Aufgaben von Erziehung und Betreuung sichergestellt werden.

Sibylle Benz Hübner, Ursula Metzger Junco P., Brigitta Gerber, Heidi Mück, Dominique König-Lüdin, Stephan Luethi-Brüderlin, Atilla Toptas, Doris Gysin

**b) Motion zur Änderung des Lohngesetzes: Kein Lohn unter CHF 4'000 beim Kanton**

11.5182.01
------------

Mittlerweile ist allgemein unbestritten, dass wer 100% arbeitet, auch in Würde von seinem Lohn leben können soll. Löhne unter CHF 4'000 reichen kaum für das Auskommen einer Familie. Der schweizerische Gewerkschaftsbund hat deshalb auch die Mindestlohninitiative lanciert, die dafür sorgen soll, dass ein Mindestlohn von rund CHF 4'000 gesetzlich festgeschrieben wird.

Die Monatslöhne der Kantonsangestellten von Basel-Stadt reichen gemäss Lohntabelle 2011 von CHF 2'912.75 (Lohnklasse 1, Anlaufstufe A) bis zu CHF 25'173.50 (LK 28, Stufe 31) für ein 100% Pensum. Erst ab Lohnklasse 6 verdienen die Kantonsangestellten von der ersten Stufe an CHF 4'000 pro Monat (ohne Anlaufstufen).

In den unteren 5 Lohnklassen arbeiten gemäss aktuellen Zahlen 1'621 Personen. Aus der Statistik ist nicht ersichtlich, wie viele dieser 1'621 Personen in niedrigen Erfahrungsstufen eingereiht sind und tatsächlich unter CHF 4'000 pro Monat verdienen. Hingegen ist klar ersichtlich, dass in den unteren Lohnklassen überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind. So zeigt das Chancengleichheitsreporting Basel-Stadt 2009-2010 folgenden Frauenanteil bei den unteren Lohnklassen:

Lohnklasse 1	93,18% Frauen
Lohnklasse 2	77,39% Frauen
Lohnklasse 3	64,09% Frauen
Lohnklasse 4	75,45% Frauen
Lohnklasse 5	55,22% Frauen

Zum Vergleich: Der Frauenanteil in den oberen Lohnklassen 20 bis 28 bewegt sich zwischen 32,61% und 3,33%!! Dass im Tieflohnbereich mehrheitlich Frauen arbeiten, ist also nicht ein Phänomen der Privatwirtschaft, sondern durchaus auch eine Realität im Kanton Basel-Stadt. Mit der Erhöhung des Mindestlohnes für kantonale Angestellte wird diese Ungerechtigkeit zwar nicht aus der Welt geschafft, jedoch trägt die Festsetzung des untersten Lohnes auf CHF 4'000 sehr viel zur Verbesserung der Lebensumstände der Betroffenen bei. Eine Erhöhung des kantonalen Mindestlohnes ist aber auch ein wichtiger Schritt in Richtung Lohngleichheit. Der Kanton Basel-Stadt als fortschrittlicher Arbeitgeber soll deshalb mit gutem Beispiel vorangehen und nicht abwarten, bis die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften vom Volk angenommen wird.

Da die Lohntabelle Bestandteil des Lohngesetzes ist, braucht es für eine Erhöhung des Mindestlohnes eine Änderung des Lohngesetzes.

Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, das Lohngesetz dergestalt zu ändern, dass beim Kantonspersonal keine Löhne unter CHF 4'000 brutto mehr bezahlt werden.

Heidi Mück, Patrizia Bernasconi, Ursula Metzger Junco P., Jürg Meyer, Sibel Arslan, Brigitta Gerber, Doris Gysin, Gülsen Oeztürk, Sibylle Benz Hübner, Markus Benz, Stephan Luethi-Brüderlin, Maria Berger-Coenen, Beatrice Alder, Christine Keller, Dominique König-Lüdin



## Anzüge

**a) Anzug betreffend erneute Abklärungen des Einsatzes von Geothermie zur Wärmegewinnung und Elektrizitäts-Produktion ohne Erdbeben**

11.5169.01

Die ersten Versuche, Geothermie zur Energie-Substitution nutzbar zu machen, sind im Kanton Basel-Stadt von der beängstigenden Nebenwirkung Erdbeben überschattet worden. Die Bevölkerung hat verständlicherweise Angst vor den Folgen selbstverursachter Erdbeben. Es gibt aber auch Gemeinwesen, welche diese Technologie nutzen, ohne dass negative Folgen wie Erdbeben aufgetreten sind.

In der Zwischenzeit hat sich die Situation stark geändert. Wenn in absehbarer Zeit die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke wegfällt, müssen andere Energie-Quellen erschlossen werden. Es wird sich heraus stellen, dass zur Substituierung der Kernkraft auch kleine und kleinste Erhöhungen der Elektrizitäts-Produktion aus bisherigen Energie-Erzeugungseinrichtungen benötigt werden und gleichzeitig auch neue Quellen erschlossen werden müssen. In diesem Zusammenhang sollte auch erneut geprüft werden, ob und gegebenenfalls wie die Geothermie eingesetzt werden könnte. Die bisher gewonnenen Erkenntnisse sind einzubeziehen, insbesondere ist darauf zu achten, dass nicht wieder Nebenwirkungen entstehen, die es offenbar an den Standorten, an denen diese Technologie genutzt wird, nicht gegeben hat. Auch ist eine Geothermie-Einrichtung nicht zwingend auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt zu platzieren, insbesondere wenn damit Elektrizität erzeugt werden soll.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, ob:

- Erkenntnisse aus funktionierenden Geothermie-Anlagen für die Gewinnung von Energie für den Kanton Basel-Stadt Verwendung finden,
- Und in welchem Zeitrahmen eine Wärmegewinnung bzw. die Elektrizitätserzeugung mittels Geothermie möglich wäre, ohne das Risiko von Erdbeben in Kauf nehmen zu müssen,
- Zusammen mit anderen Gemeinwesen die Nutzung dieser Energiequelle abgeklärt werden kann, z. B. in weniger dicht bebautem Gebiet,
- Unterstützung durch den Bund für solche Abklärungen bzw. für die allfällige Errichtung einer solchen Anlage erhaltlich wäre,
- Eine Gegenüberstellung von Chancen und Risiken des Einsatzes dieser Technologie erstellt werden könnte.

Heiner Vischer, Christine Wirz-von Planta, André Auderset, Andreas Albrecht, Thomas Strahm, Thomas Müry, Patricia von Falkenstein

**b) Anzug betreffend Durchführung einer Informationskampagne über Energiesparen**

11.5170.01

Die Energiepolitik der nahen und weiteren Zukunft verlangt einen anderen Umgang im Energie-Konsum. Es wird dringend notwendig werden, den Energie-Verbrauch einzuschränken. Wenn alle Konsumentinnen und Konsumenten von Energie in ihrem Wirkungsbereich zuhause und bei der Arbeit sensibilisiert sind auf das Reduzieren des Energie-Verbrauchs, lässt sich der Gesamt-Verbrauch deutlich senken. Oft wird Energie verschwendet aus Unachtsamkeit oder weil einem zu wenig bewusst ist, dass schonender Umgang gefordert ist. Auch gibt es Unterschiede innerhalb unserer Wohnbevölkerung hinsichtlich des Bewusstseins, Energie sparsam einzusetzen. Es gilt, den enorm grossen Multiplikator zu nutzen, welcher der Zahl der Energie-Nutzer entspricht. Die Eigenverantwortung soll mit geeigneten Kommunikationsmitteln gefördert werden.

Diese Zielsetzung, die Reduktion des Energie-Verbrauchs im eigenen Bereich, lässt sich mit Sensibilisierung auf das Thema und Information erreichen. Die Einzel-Aktion, welche der damalige Bundesrat Ogi mit dem richtigen Kochen von Eiern lanciert hat, mag als Beispiel dienen. Heute braucht es aber eine breite Information, welche möglichst alle Bereiche, in denen Energie eingespart werden kann, zum Inhalt hat. Das Bewusstsein des einzelnen Menschen, dass er selbst mit seinem Verhalten zur Erreichung eines wichtigen Zieles Wesentliches beitragen kann, muss gestärkt werden. Es gibt zwar viele Anleitungen von Bund, diversen Kantonen und Organisationen, diese sind aber teilweise zu ausführlich, zu kompliziert und nicht einfach zu finden. Massgeschneiderte und für jeden verständliche Informations-Kampagnen gibt es aber nicht. Wenn immer möglich, sollen alle Aktivitäten zusammen mit anderen Gemeinwesen und dem Bund ausgearbeitet und lanciert werden.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob:

- Eine Sensibilisierungs- und Informationskampagne über Energiesparen im umfassenden Sinn lanciert werden kann;

- Breit angelegte Aktionen zur Steigerung des Bewusstseins, zurückhaltend Energie zu gebrauchen, in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen geplant und umgesetzt werden können,
- Vertretungen der verschiedenen Zielpublika (Haushaltungen, Dienstleistung, Gewerbe, Freizeit etc.) für die Ausarbeitung der Kampagne miteinbezogen werden können.

Patricia von Falkenstein, André Auderset, Thomas Strahm, Heiner Vischer, Christine Wirz-von Planta, Thomas Müry, Andreas Albrecht

**c) Anzug betreffend Masterplan Energiesparen für den Kanton Basel-Stadt**

11.5171.01

Die starken Veränderungen in der Energiepolitik, die zu erwarten sind, werden auch Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt haben. Einerseits wird die Politik gefordert sein, für die Einwohnerinnen und Einwohner, die Wirtschaft und das Gewerbe eine ausreichende Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Preisen sicher zu stellen. Andererseits müssen aber auch Massnahmen getroffen werden, um den Energiekonsum zu reduzieren ohne die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft zu reduzieren.

Es ist wissenschaftlich und empirisch erwiesen, dass durch Verhaltensänderungen der Energiekonsum deutlich herabgesetzt werden kann. Dies wird auch im Kanton Basel-Stadt nötig sein, wenn der Energieverbrauch gesenkt werden soll.

Es gibt sehr viele Möglichkeiten, den Energieverbrauch zu senken. Dies gilt für die Haushaltungen, das Gewerbe, die Industrie und den Dienstleistungsbereich. Nicht existierend ist bis jetzt eine Gesamtübersicht aller möglicher Massnahmen, den Energieverbrauch in allen Bereichen zu reduzieren. Technische Möglichkeiten und individuelle Verhaltensweisen erscheinen sehr heterogen, ein Konzept z.B. für Energiesparen in Haushaltungen fehlt. Ebenso eines für Klein- und Mittelbetriebe etc. Dabei ist das Prinzip der Einsicht und Freiwilligkeit der Anzusprechenden zu befolgen; Vorschriften sollen nur als ultima ratio-Massnahme erlassen werden.

Wenn aber der Verbrauch deutlich reduziert werden soll, muss koordiniert werden, es braucht einen Gesamtplan zur Senkung des Energieverbrauchs im Kanton Basel-Stadt.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten, den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob,

- Im Legislaturplan ein neuer Schwerpunkt "Masterplan Energiesparen" aufgenommen werden kann,
- Unter der Leitung des Vorstehers des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ein Masterplan Energiesparen Basel-Stadt erarbeitet werden kann,
- Alle bekannten und beschriebenen Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs getrennt nach Haushaltungen, Gewerbe wie übriger Wirtschaft gesammelt, zusammengefasst und zielgruppengerecht kommuniziert werden können,
- Für diese Arbeiten Hochschulen zur Unterstützung beigezogen werden sollen (ETH, Universitäten, Fachhochschulen),
- Ein Zeitplan mit jährlichen Zielen der Reduktion erstellt werden kann.

Christine Wirz-von Planta, André Auderset, Thomas Müry, Thomas Strahm, Heiner Vischer, Patricia von Falkenstein, Andreas Albrecht

**d) Anzug betreffend Masterplan Energieversorgung für den Kanton Basel-Stadt**

11.5172.01

Als bedeutendes Wirtschaftszentrum, als Wohnort für knapp 200'000 Menschen hat unser Kanton einen hohen Bedarf an Energie. Der Energie-Verbrauch erhöht sich von Jahr zu Jahr, wenn auch weniger stark als in anderen Gemeinwesen. Wenn die Wohn- und Lebensqualität auf bishierigem Niveau erhalten bleiben soll und die Wirtschaft auch in Zukunft über eine genügende Energie-Versorgung zu konkurrenzfähigen Preisen verfügen können soll, ist Handlungsbedarf gegeben. Es gilt sowohl die schweizerische Energiepolitik zu analysieren und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen, als auch verfassungs- und gesetzeskonforme Bezüge zu sichern. Neue Quellen müssen erschlossen werden können.

Die Industriellen Werke (IWB) sind aus der Verwaltung ausgegliedert und verfolgen Interessen, die identisch mit denjenigen des Kantons sein können, aber nicht sein müssen. Der Kanton hält Anteile diverser Wasserkraftwerke, in deren Verwaltungsräte Regierungsräte vertreten sind. Auch stellt der Kanton Vertretungen in Leitungsgremien diverser Institutionen, die sich mit Energie-Erzeugung oder Verteilung befassen. Eine Gesamt-Strategie z.B. aller Wasserkraftwerke ist heute noch nicht vorhanden, wäre aber zwingend rasch zu definieren. Gleiches gilt für andere Energieträger.

Zurzeit ist nicht erkennbar, wer in unserem Kanton die Führung zur Erfüllung dieser Aufgaben hat. Da es in naher Zukunft gilt, alle Einrichtungen zur Erzeugung erneuerbarer Energie auf mögliches Produktions-Steigerungspotenzial zu überprüfen und den Mix der verschiedenen Energieträger zu optimieren, ist eine Gesamt-

Planung notwendig. Ziel muss es sein, für einen weiteren Zeitraum die Versorgung der Haushalte und der lokalen Wirtschaft mit ausreichend Energie zu konkurrenzfähigen Preisen sicher zu stellen.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob,

- Im Legislaturplan ein neuer Schwerpunkt "Masterplan Energieversorgung" aufgenommen werden kann,
- Unter der Leitung des Vorstehers des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ein Masterplan Energieversorgung Basel-Stadt erarbeitet werden kann,
- Die Verwaltungsratsmitglieder des Kantons Basel-Stadt in den diversen Wasserkraftwerken mit baselstädtischer Beteiligung Anträge zur Überprüfung von Kapazitäts-Erweiterungen stellen können,
- Interessenvertretungen der Wirtschaft und der Wohnbevölkerung in diese Arbeiten einbezogen werden können,
- Die Fachhochschule Nordwestschweiz, die Universität Basel und die ETH Zürich oder weitere Forschungs-Institutionen beigezogen werden können,
- Diese Arbeiten mit anderen Gemeinwesen, z.B. im Absatzgebiet der IWB, koordiniert werden können,
- Zur Besprechung der Resultate oder als Auftakt der Arbeiten eine Sondersitzung des Grossen Rates vom Regierungsrat einberufen werden kann?

André Auderset, Heiner Vischer, Thomas Strahm, Thomas Müry, Christine Wirz-von Planta, Patricia von Falkenstein, Thomas Mall, Andreas Albrecht

**e) Anzug betreffend Aufhebung der Parkplätze am Unteren Rheinweg**

11.5173.01

Mit beträchtlichen finanziellen Mitteln wurde das Rheinufer zwischen der Dreirosenbrücke und der Mittleren Brücke saniert und aufgewertet. Die Umgestaltung ist so gut gelungen, dass nun in den warmen Jahreszeiten eine Vielzahl der Anwohner/-innen den neuen Aufenthaltsraum intensiv nutzt. Das Rheinufer ist zu einem wertvollen Naherholungs- und Freizeitraum für die Kleinbasler Bevölkerung geworden.

Vor diesem Hintergrund erachten wir es nun an der Zeit, das Parkplatzregime am Unteren Rheinweg grundsätzlich zu überdenken und den gegebenen Umständen anzupassen. Es ist unverständlich, dass an solch schöner Lage parkiert werden kann und ein Grossteil der Parkplätze als weisse Parkplätze markiert und so an bester Rheinlage Fahrzeuge über Wochen abgestellt werden können.

Ebenso unverständlich ist es, dass der Platz zwischen Bläsiring und Offenburgerstrasse, der direkt an das Rheinufer anschliesst, als freie Parkplatzzone genutzt wird. In Anbetracht der wenigen freien Plätze in diesem Quartier wäre es naheliegend, diesen Parkplatz zu Gunsten eines ungestalteten Begegnungs- und Bewegungsorts, ähnlich wie bei der Kaserne, aufzuheben. Zudem wäre dies ein einfaches Mittel zur Verkehrsberuhigung, was wiederum der Wohnqualität zu Gute käme.

Der Untere Rheinweg ist eine sehr beliebte Veloverbindung ins untere Kleinbasel und ins Zentrum der Stadt und wird täglich rege benutzt. Aufgrund des unnötigen Parkplatzsuchverkehrs kommt immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Auto- und Velofahrenden.

Die Regierung wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob

1. Die Parkplätze am Unteren Rheinweg zwischen dem Klingentalgraben und Bläsiring vollständig oder teilweise aufgehoben werden können.
2. Der rheinseitige Platz zwischen Bläsiring und Offenburgerstrasse vollständig von Parkplätzen befreit und der Bevölkerung als Begegnungs- und Bewegungsort zur Verfügung gestellt werden kann.

Martin Lüchinger, Stephan Luethi-Brüderlin, Kerstin Wenk, David Wüest-Rudin, Brigitte Heilbronner, Jürg Stöcklin, Heidi Mück, Michael Wüthrich, Guido Vogel, Jörg Vitelli, Mirjam Ballmer, Eveline Rommerskirchen, Andrea Bollinger, Salome Hofer, Martina Bernasconi, Christoph Wydler, Philippe P. Macherel, Sabine Suter, Christine Keller

**f) Anzug betreffend Einführung eines Gelöbnis' bei Amtsantritt einer Grossrätin, eines Grossrats**

11.5174.01

Beinahe alle Kantone der Schweiz sowie die Bundesversammlung kennen bei Amtsantritt ihrer Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein Gelöbnis resp. einen Amtseid. Eine Recherche auf [www.kantonparlamente.ch](http://www.kantonparlamente.ch) ergibt, dass Basel-Stadt und Appenzell-Innerrhoden die einzigen Kantone sind, welche kein Gelöbnis für eintretende Ratsmitglieder kennen. Drei Beispiele:

Kanton Aargau: "Ich gelobe, als Mitglied des Grossen Rates meine Verantwortung gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt des Kantons Aargau und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu fördern und der Verfassung und den Gesetzen gemäss nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Kanton Zürich: "Ich gelobe als Mitglied dieses Rates Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen."

Kanton Genf: "Je jure ou je promets solennellement, de prendre pour seuls guides dans l'exercice de mes fonctions les intérêts de la République selon les lumières de ma conscience, de rester strictement attaché aux prescriptions de la constitution et de ne jamais perdre de vue que mes attributions ne sont qu'une délégation de la suprême autorité du peuple; d'observer tous les devoirs qu'impose notre union à la Confédération suisse et de maintenir l'honneur, l'indépendance et la prospérité de la patrie; de garder le secret sur toutes les informations que la loi ne me permet pas de divulguer."

Die Unterzeichnenden bitten das Ratsbüro, zu prüfen und zu berichten, ob für den Grossen Rat Basel-Stadt bei Amtsantritt der Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein Gelöbnis eingeführt werden kann und soll.

Martina Bernasconi, Patrick Hafner, Martin Lüchinger, Elisabeth Ackermann, Beat Fischer, Christine Heuss, Ernst Mutschler, André Weissen, Tobit Schäfer, André Auderset

**g) Anzug betreffend grosszügiger Regelungen für Strassenfeste im Allmendgesetz und in den Bespielungsplänen**

11.5175.01

Wer ein Strassenfest durchführen möchte, muss aktuell ein Gesuch bei der Allmendverwaltung einreichen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind jedoch unklar und der Ermessensspielraum der zuständigen Behörde ist gross, was bei Veranstaltern zu Unmut führen kann und manchmal das Gefühl auslöst, ungerecht behandelt zu werden.

Das Klybeckfest ist hierfür ein gutes Beispiel: Der betroffene Abschnitt der Klybeckstrasse ist durch die Rangierarbeiten der Hafenbahn einer enormen Lärmbelastung ausgesetzt und zwar täglich von 3.30 Uhr morgens bis 23 Uhr nachts, auch am Wochenende! Mit dem Argument des Lärmschutzes für die Anwohner wird jedoch dem einmal jährlich stattfindenden Klybeckfest die Lautsprecherbewilligung bis 24 Uhr verweigert. Das seit 25 Jahren stattfindende Klybeckfest bietet jeweils ein Musikprogramm mit mehreren Rockbands. Das Kulturprogramm führt dazu, dass dieses Strassenfest zahlreiche Besucher/innen anzieht und sich weit über das Quartier hinaus grosser Beliebtheit erfreut.

Das vor kurzem veröffentlichte Bundesgerichtsurteil zur Beschwerde der Veranstalter des Klybeckfestes zeigt in aller Deutlichkeit, dass es zur Zeit im Kanton Basel-Stadt keine befriedigende gesetzliche Regelung für Strassenfeste gibt. Dazu ein Zitat aus dem Bundesgerichtsentscheid: "Im Einzelfall kann die zuständige Behörde Bewilligungen erteilen, welche die Benützung von Lautsprecheranlagen über 22.00 Uhr hinaus erlauben. Der zuständigen Behörde steht bei der Beurteilung des Einzelfalls ein erheblicher Ermessensspielraum zu. (...) Das Bundesgericht legt sich Zurückhaltung auf bei der Würdigung örtlicher Verhältnisse, welche die kantonalen Behörden besser kennen als das Bundesgericht."

Seit geraumer Zeit befindet sich das Allmendgesetz in Überarbeitung. Bereits heute werden die Veranstaltungen auf verschiedenen öffentlichen Plätzen mittels Bespielungsplänen geregelt. Diese Praxis wird voraussichtlich auch im überarbeiteten Allmendgesetz festgeschrieben. Sinnvoll wäre es, in diesem Rahmen und auf dieselbe Weise auch Quartier- und Strassenfeste zu regeln. So ermöglichen beispielsweise die Bespielungspläne am Unteren Rheinweg an acht Tagen Lautsprecherbewilligungen bis 24.00 Uhr, an vier Tagen sogar bis 02.00 Uhr. Und an der Westquaistrasse ermöglichen die Bespielungspläne beispielsweise an je drei Tagen im Jahr Lautsprecherbewilligungen bis 24.00 Uhr, 02.00 Uhr und 03.00 Uhr.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, dafür zu sorgen,

- dass im neuen Allmendgesetz grosszügige Regelungen für die Durchführung von Quartier- und Strassenfesten gelten,
- dass auch für Quartier- und Strassenfeste Bespielungspläne eingeführt werden, die mit anderen Veranstaltungen vergleichbar grosszügige Bewilligungen (mit mindestens einem Tag mit Lautsprecherbewilligung bis 24 Uhr oder länger) ermöglichen.

Heidi Mück, Tobit Schäfer, Michael Wüthrich, Beatrice Alder, Patrizia Bernasconi, Mirjam Ballmer, Balz Herter, Kerstin Wenk, Brigitta Gerber, Ruth Widmer Graff, Alexander Gröflin, Daniel Stolz, David Wüest-Rudin, Stephan Luethi-Brüderlin

**h) Anzug betreffend reguläres Studium für Quereinsteigende an der Pädagogischen Hochschule FHNW mit einem offiziellen EDK-Abschluss**

11.5176.01

Als verspätete Reaktion auf den drohenden oder bereits bestehenden Lehrpersonenmangel haben die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn und die Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz beschlossen, ein auf wenige Jahre befristetes Kürzeststudium für Quereinsteigende zu starten, das zu keinem schweizerisch anerkannten Abschluss führen wird. Dieses Studium ist zur Überraschung vieler Beteiligten auf ein sehr grosses Interesse gestossen.

Im Rahmen einer längerfristigen Perspektive, unabhängig von der momentanen Notsituation auf dem Lehrpersonen-Markt, sollte das Potential der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger für die Lehrberufe besser genutzt werden.

Lehrpersonen, die bereits einen anderen Beruf ausgeübt haben, können unterschiedliche und wertvolle Impulse in den Bereich der Schule einbringen. Sie wählen den Lehrberuf sehr bewusst und können die positiven und die negativen Aspekte ihres zukünftigen Berufs besser einschätzen als Studierende, die selber direkt aus der Schule kommen.

Nicht nur soll - wie dies bisher bei diesem Modell schon gemacht wird - in einem Assessment die Eignung dieser Quereinsteigenden überprüft werden. Das Studium sollte zudem der Vorbildung und den Vorleistungen in der Berufswelt individuell angepasst werden und diese Vorleistungen sollten sich in ECTS-Punkten an das Studium anrechnen lassen. Voraussetzung dafür ist, dass gesamtschweizerisch festgelegt wird, welche Vorbildungen anstelle von Studienmodulen angerechnet werden können. Zudem sollte es den Auszubildenden ermöglicht werden, neben dem Studium nach ein bis zwei Jahren unterrichten zu können.

Am Schluss dieser neuartigen Ausbildung muss aber auf jeden Fall ein EDK-anerkannter Abschluss stehen, so dass dieser Ausbildungsgang der regulären Ausbildung gleichgestellt ist und nicht zwei Kategorien von Lehrpersonen entstehen.

Spezielle Beachtung muss die Studienfinanzierung erfahren. Den Studierenden der angesprochenen Alterskategorien muss ermöglicht werden, dass sie neben dem Studium ihre Lebenshaltungskosten decken können. Als Beispiel könnte die Finanzierung der Absolventen der Polizeischule dienen. Mit der finanziellen Unterstützung wäre eine Arbeitsverpflichtung für drei Jahre verbunden.

In diesem Sinne ersuchen die Anzugstellenden den Regierungsrat, zu prüfen, ob an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) reguläre Studiengänge für Quereinsteigende mit einem EDK-anerkannten Abschluss ins Studienangebot aufgenommen werden können.

Ein gleichlautender "Auftrag" wurde im Grossen Rat des Kantons Aargau bereits an die Regierung überwiesen.

Oswald Inglin, Doris Gysin, Patricia von Falkenstein, Christine Heuss, Urs Schweizer, Martina Bernasconi, Maria Berger-Coenen, Oskar Herzog, Martin Lüchinger, Annemarie Pfeifer, Heidi Mück, Christine Wirz-von Planta, Ernst Mutschler

**i) Anzug betreffend Erhaltung des Moostals als Naherholungsgebiet**

11.5178.01

Das Moostal ist eine ökologisch wertvolle Kulturlandschaft am Fusse der St. Chrischona und für Basel-Stadt als strategische Landreserve sehr wichtig. Mehrmals hat sich die Bevölkerung von Riehen klar für den Erhalt dieses Gebietes ausgesprochen. Alleine die Gemeinde Riehen hat bereits über CHF 30 Mio. in das kantonale Naherholungsgebiet investiert - dieser Betrag entspricht fast der Hälfte der gesamten jährlichen Steuereinnahmen der Gemeinde Riehen.

Nun können rund 13'000 Quadratmeter Land nicht aus der Bauzone entlassen werden, welche nun Immobilien Basel-Stadt überbauen möchte. Diese Bauprojekte zerstören nicht nur das Erscheinungsbild des Moostals, sondern auch einen Grossteil dieses letzten zusammenhängenden Naherholungsgebietes in unserem Kanton.

Wenn diese Überbauung nicht verhindert werden kann, wird die Flucht in weiter entfernte Erholungsräume wie dem Schwarzwald oder dem Elsass gefördert. Es kann und darf nicht sein, dass die Basler Bevölkerung nur noch Naherholungsgebiete ausserhalb des Kantons aufsuchen kann.

Grundsätzlich ist es deshalb sinnvoller, wenn zuerst abgeklärt wird, ob durch frei werdende Industriegelände - wie zum Beispiel beim Hafen oder bei Novartis und Roche - ausreichend Platz entsteht für neuen Wohnraum mit verdichtetem Bauen. Das Ziel der modernen Siedlungsentwicklung lautet ja gemäss der aktuellen Bundespräsidentin: "Innerhalb der Siedlungsgebiete verdichten, um die noch vorhandenen Grünressourcen für kommende Generationen zu schonen."

Die Anzugsstellenden ersuchen deshalb den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

- ob die Möglichkeit besteht, die Parzellen der Einwohnergemeinde Basel, verwaltet durch Immobilien Basel, im Moostal für die nächsten 25 Jahre nicht überbaut werden.
- wenn ersteres für Basel nicht in Frage kommen sollte, dann die Möglichkeit besteht, mit der Gemeinde Riehen Verkaufsverhandlungen für die betreffenden Parzellen zu führen.
- ob Basel-Stadt ein intaktes und unversehrtes Naherholungsgebiet wie das Moostal braucht.

Eduard Rutschmann, Andrea Bollinger, Thomas Grossenbacher, Roland Lindner, Jörg Vitelli, Stephan Luethi-Brüderlin, Beat Fischer, Ursula Kissling-Rebholz, Lorenz Nägelin, Patrizia Bernasconi, Brigitte Heilbronner, Ruth Widmer Graff, Alexander Gröflin, Rolf von Aarburg, Samuel Wyss, Rudolf Vogel, Bruno Jagher, Guido Vogel, Christoph Wydler, Thomas Mall, Heinrich Ueberwasser, Michael Wüthrich, Felix Meier

**j) Anzug betreffend Anpassung des Grundbedarfs bei der Sozialhilfe an die Ansätze im Kanton Basel-Landschaft**

11.5179.01
------------

Die Sozialhilfe des Kantons Basel-Stadt orientiert sich beim Grundbedarf an den von der SKOS empfohlenen Mindestansätzen. Aktuell erhält eine bei der Sozialhilfe angemeldete alleinstehende Person CHF 977. Das ist sehr wenig, zumal wenn man berücksichtigt, dass in einem städtischen Umfeld die Lebenshaltungskosten höher sind als in einem ländlich geprägten. Viele Sozialhilfeempfänger/innen geraten denn auch regelmässig gegen Ende des Monats in finanzielle Schwierigkeiten oder verschulden sich.

Während der reiche Kanton Basel-Stadt sich an den Mindestansätzen der SKOS orientiert, empfiehlt der Kanton Basel-Landschaft für den Grundbedarf einen Betrag von CHF 1'060. Der Grundbedarf soll ja nicht nur das nackte Überleben sichern, sondern auch die Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen.

Die Anzugsteller/innen bitten daher die Regierung zu prüfen, ob der Grundbedarf bei der Sozialhilfe spätestens ab 01.01.2012 entsprechend den in unserem Nachbarkanton geltenden Ansätzen erhöht werden kann.

Sibel Arslan, Ursula Metzger Junco P., Jürg Meyer, Mirjam Ballmer, Heidi Mück, Bülent Pekerman, Atila Toptas, Christoph Wydler

**k) Anzug betreffend Mangel an Vollzugsplätzen für stationäre psychiatrische Massnahmen von verurteilten Delinquenten, Minimierung der Gefahr für Frauen**

11.5184.01
------------

Menschen, die aufgrund einer psychischen Störung ein Delikt begangen haben, werden in der Regel anstatt in ein Gefängnis zunächst in eine stationäre psychiatrische Massnahme eingewiesen. Wenn solche Plätze fehlen, müssen diese Personen in gewöhnlichen Gefängnissen unbehindert untergebracht und nach Ablauf der Strafe oder wenn sie gar wegen der psychischen Störung schuldunfähig sind, entlassen werden. Das Fehlen von solchen Plätzen im Massnahmenvollzug erhöht die Gefahr, die von unbehandelten Straftätern ausgeht. Da deutlich mehr Männer als Frauen delinquieren, umgekehrt aber ein erheblicher Anteil der Opfer von Delikten Frauen sind, birgt ein Vollzugsnotstand vor allem auch für Frauen grosse Gefahren.

Wie im Jahresbericht 2010 "Spezialberichte, Strafgericht, Platzprobleme im Straf- und Massnahmenvollzug" (s. S. 68: [www.regierungsrat.bs.ch/jahresbericht-2010-anhang-2-spezialberichte.pdf](http://www.regierungsrat.bs.ch/jahresbericht-2010-anhang-2-spezialberichte.pdf)) zu lesen ist, beschäftigte sich das Strafgericht im Jahre 2010 mit dem Mangel an Vollzugsplätzen und stellte fest, dass die Wartezeiten im Untersuchungsgefängnis zwischen der Verurteilung und dem Antritt des Straf- bzw. Massnahmenvollzugs in vielen Fällen generell übermässig lang dauern, immer mehr Insassen befinden sich im Waaghof im Vollzug, obwohl dieser nicht über genügend Vollzugsplätze verfügt. Für eine stationär psychiatrische Massnahme gemäss Art. 59 StGB warten verurteilte Personen aber zwischen sechs Monaten und einem Jahr im Untersuchungsgefängnis auf einen Platz in einer geeigneten Institution. Inzwischen sogar bis zu 15 Monaten, im Bereich Massnahmen für Jugendstraftäter noch länger. Abgesehen davon, dass ein derartiger Zustand aus rechtsstaatlichen Gründen bedenklich ist, stellt er doch für die Opfer eine grosse Gefahr dar, nicht zuletzt aber auch für das Personal des Untersuchungsgefängnisses, das für eine Betreuung von psychisch auffälligen Straftätern nicht speziell geschult ist, eine ganz erhebliche Belastung dar.

Die Regierung wird daher gebeten, zu prüfen und zu berichten, wie sie das Problem des Mangels an Vollzugsplätzen in geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzugsanstalten die Gerichte und die zuständigen Behörden konkret lösen will (auch spez. Jugendlicher), denn es ist offensichtlich kaum mit einer wesentlichen Veränderung beim Bedarf an Vollzugsplätzen in geschlossenen Anstalten zu rechnen. In der Übergangszeit spezifisch das Gefängnispersonal auf die bestehende Situation vorbereiten und unterstützen will und vor allem die Opfer beispielsweise während den langen Wartezeiten vor erneuter Gefahr - bei Nichtbehandlung möglicherweise sogar erhöhter Gefahr, besser schützen will, da die Täter von den Gerichten ja nicht ohne Grund zu einer Therapie verurteilt wurden.

Es hat sich zudem herausgestellt, dass nicht nur der Kanton Basel-Stadt, sondern auch alle anderen dem Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innenschweiz angehörenden Kantone unter dem Mangel an Vollzugsplätzen leiden. Es sei zwar geplant, in geschlossenen Anstalten zumindest einmal zusätzliche Plätze für den stationären Massnahmenvollzug zu schaffen, die Frage ist jedoch wie lange dies dauern wird und welche konkreten Massnahmen auf dieser Ebene vorgesehen werden.

Brigitta Gerber, Ursula Metzger Junco P., Sibylle Benz Hübner, Doris Gysin, Dominique König-Lüdin

## Schriftliche Anfragen

### a) Schriftliche Anfrage betreffend Abweisungen von Frauen in Frauenhäusern wegen Platzmangel

11.5185.01

Am 5. Juni 2011 war in der Sonntagszeitung unter dem Titel "Jede zweite Frau abgewiesen" zu lesen, dass die Schweizer Frauenhäuser massiv überfüllt seien, es mangle an Platz und Personal. 54% aller Hilfe suchenden Gewaltopfer fänden keinen Platz. Das zeigen offensichtlich die unveröffentlichten Zahlen der Dachorganisation der Schweizer Frauenhäuser. Danach seien im Jahr 2010 insgesamt 1'200 Frauen und ebenso viele Kinder zurückgewiesen worden. Der Grossteil davon konnte wegen Platz- und Personalmangels nicht aufgenommen werden. Dies sind äusserst alarmierende Zahlen.

Laut der Dachorganisation gibt es mehrere Gründe für den Anstieg. Neben der grösseren Nachfrage seien die Fälle auch komplexer geworden. Selbständige Frauen würden sich vermehrt an die neu entstandenen ambulanten Beratungsstellen wenden. Deswegen sammelten sich vorwiegend schwierige Fälle in den Häusern. Das führe dazu, dass die Frauen (und ihre Kinder) eine intensivere Betreuung bräuchten und länger blieben als früher. 205 dauerte ein durchschnittlicher Aufenthalt 22 Tage, heute sind es bereits 27 Tage.

Als Problem ortet das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann zudem die fehlende Finanzierung, da oftmals die Kosten nur im Wohnsitzkanton der Frauen übernommen werden. Dadurch sei es unmöglich, sie in anderen Kantonen zu platzieren. Die Dachorganisation verlangt vom Bund zudem eine bessere Strategie im Kampf für die Frauen, die Opfer von Gewalt, würden. Es brauche beispielsweise eine kantonal vereinheitlichte Finanzierungsstruktur zur Sicherung der Häuser.

Vor diesem Hintergrund, dass sich offensichtlich auch in Basel die Zahl der abgewiesenen Frauen seit 2008 verdreifacht habe, bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat, zu folgenden Fragen Bericht zu erstatten:

- Wie gross ist die Zahl der abgewiesenen Frauen (und ihrer Kinder)? Inwieweit hat sich auch in Basel-Stadt die Nachfrage und das Bedürfnis geändert? Ist die Aufenthaltsdauer in den Frauenhäusern aufgrund der möglicherweise veränderten Nachfrage ebenfalls wie von der Dachorganisation vermutet länger? Gibt es dazu Zahlen, Analysen und Berichte? Wie hat oder wird auf die offensichtlich vermehrt schwierigeren Situationen der Schutzsuchenden reagiert? Hat Basel als Stadtkanton spezifische Finanzierungsprobleme, die in der Bundesstrategie mitvertreten werden?
- Bei häuslicher Gewalt sind vor allem kurzfristig Wegweisungen der Polizei hilfreich. Wie viele Wegweisungen wurden in Basel in den letzten fünf Jahren verhängt? Wie steht diese Zahl im Schweizerischen Schnitt bezüglich Bevölkerungsgrösse und Urbanität aus?

Brigitta Gerber

### b) Schriftliche Anfrage betreffend einem vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltsrecht für von Gewalt betroffenen Migrantinnen

11.5186.01

Wie aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht hervorgeht und wie ich es aus meiner Vorstandstätigkeit im Verein Gemeinsame Opferhilfe beider Basel bestätigen kann, gibt es Handlungsbedarf beim Schutz gewaltbetroffener Migrantinnen. Lücken bestehen sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch bei der Umsetzung der Bestimmungen durch kantonale Behörden.

Das Gesetz ist zwar geschlechtsneutral formuliert: d. h. auch ein Mann, der im Rahmen des Familiennachzugs oder einer Heirat in die Schweiz kommt, hat kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Allerdings sind Frauen häufiger betroffen. Migrantinnen, die sich von ihrem gewalttätigen Mann trennen, müssen die Schweiz verlassen, weil ihr Aufenthaltsrecht in den ersten drei Jahren an die Ehe gekoppelt ist. Wenn sie sich vor Ablauf dieser drei Jahre für eine Trennung entscheiden, verlieren sie in der Regel die Aufenthaltsbewilligung.

Zwar sieht das Gesetz Ausnahmen vor, wenn häusliche Gewalt vorliegt. Jedoch trauen sich die betroffenen Frauen oft nicht, offizielle Stellen einzuschalten und Strafanzeige gegen den Ehemann einzureichen. Sie haben Angst vor den Konsequenzen, z. B. dass sie mit noch mehr Gewalt rechnen müssen. Oder es wird ihnen nicht geglaubt bzw. die Gerichte stellen sich auf den Standpunkt, die erlittenen Übergriffe seien "nicht intensiv" genug und stellen daher keinen Grund dar, von einer Wegweisung aus der Schweiz abzusehen. Häusliche Gewalt liegt jedoch nicht nur vor, wenn ein Kiefer gebrochen wurde, sondern beispielsweise auch dann, wenn eine Frau isoliert und eingeschlossen wird, wenn ihr der Kontakt zu anderen Migrantinnen oder Einheimischen verwehrt und sie an der Integration gehindert wird. Psychische Gewalt dieser Art ist jedoch äusserst schwer nachweisbar und wird daher von den Behörden meist nicht hinreichend wahrgenommen.

Daher frage ich den Regierungsrat,

- wie der Schutz gewaltbetroffener Migrantinnen besser garantiert werden kann,
- insbesondere wie das Bundesgerichtsurteil punkto "Intensität" der Gewalttat bei der Prüfung der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung vor Ablauf von drei Jahren im Kanton Basel-Stadt umgesetzt wird
- und wie der Kanton seinen ihm diesbezüglichen Ermessensspielraum interpretiert und ausschöpft.

Maria Berger-Coenen

**c) Schriftliche Anfrage betreffend Syngenta Areal in Basel**

11.5193.01

Die Stadt Basel hat es beim Syngenta Areal wie auch seinerzeit beim Areal Erlenmatt verpasst, rechtzeitig ein städtebaulich wichtiges Areal zu erwerben.

Beim Areal Erlenmatt war der Unterzeichnende als Architekt in einer Arbeitsgruppe mit der Deutschen Bahn involviert, um einen Verkauf dieses Areals zu prüfen. Die Verhandlungen mit diversen Investoren (auch Messe Basel etc.) waren auf gutem Weg, bis die Stadtplanbehörden überraschend einen grossen Wettbewerb mit Hunderten von Teilnehmern gestartet hat.

Die bisherige Verhandlungsbasis im Bereich von CHF 40 Mio. wurde nach diesem Wettbewerb selbstverständlich von den Eigentümern aufgehoben, in Anbetracht des Wertes, Dank dem Wettbewerb von gegen CHF 200 Mio. und bleibt somit im Besitz der Deutschen Bahn.

Auch beim Syngenta Areal wurde anscheinend ein Erwerb dieses wichtigen Areals nicht sehr professionell geprüft. Wie bei der Diskussion Standort Messe Basel und aktuell wegen der Sanierung der St. Jakobshalle muss festgestellt werden, dass wir auf Stadtboden keine grösseren Grundstücke mehr haben, um alternative Standort Entscheidungen auf Stadtboden zu ermöglichen.

Ich bitte in diesem Zusammenhang den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wer ist verantwortlich für die strategische Planung von solch wichtigen Grundstückentscheidungen?
2. Gibt es eine Möglichkeit, das Syngenta Areal nachträglich noch zu erwerben? Wenn ja, wer hat die Federführung für die Verhandlungen in diesem Fall?
3. Ist die Regierung nicht der Auffassung, dass solche grossen und wichtigen Areale in Basel erworben werden sollten, wenn sich eine Gelegenheit bietet?

Roland Lindner

**d) Schriftliche Anfrage betreffend Mitsprache von Menschen mit geistiger Behinderung und deren Angehörigen in den Institutionen des kantonalen Verbundsystems Basel-Stadt**

11.5195.01

Im November 2010 wurde der Anzug Urs Müller-Walz und Konsorten betreffend "Mitsprache für Angehörige in Wohngruppen und Förderstätten (heute kantonales Verbundsystem) für geistig schwer behinderte Menschen" abgeschlossen. In der Antwort der Regierung sind verschiedene Fragen offen geblieben.

1. Inwieweit sind die im Bericht vom 17.11.2010 zum Anzug Müller und Konsorten erwähnten Absichtserklärungen zur organisierten Mitsprache auf strategischer Ebene (von Angehörigen bestimmte Delegation, Angehörigenbeirat, von Angehörigen bestimmte Ansprechperson, ev. weitere) konkretisiert worden?
2. Welche Massnahmen wurden von Seiten des kantonalen Verbundsystems unternommen, um Angehörige im oben erwähnten Sinne zu ermutigen?

Martina Saner

**e) Schriftliche Anfrage betreffend saubere Bäder durch mehr Warmduscher**

11.5196.01

Jährlich zur Sommerzeit wird darüber gejammert, dass die öffentlichen Schwimmbäder über Gebühr durch ungewaschene Schwimmerinnen und Schwimmer verunreinigt würden, die sich vor dem Bade nicht duschen. Gefordert wird ein Verbot langer modischer Männer-Badehosen, langer Frauenbadekleider sowieso. Das Angebot von eiskalten Duschen und Wasserschleusen ist jedoch ganz sicher ein zentraler Hinderungsgrund. Sie sind sehr unbeliebt und bei Kleinkindern schlicht eine Zumutung. Es ist nicht einzusehen, warum gerade hier kein warmes Wasser angeboten werden soll. Solaranlagen und andere nachhaltige Systeme machen dies heute ohne Probleme möglich.

Die Antragstellerin möchte deshalb vom Regierungsrat wissen, ob es denn nicht möglich wäre, innerhalb nützlicher Frist - möglichst schon in diesem Sommer - bei den öffentlichen Aussenbädern Duschen anzubieten, die auch warmes Wasser liefern, um so den vollen Sommerplausch der Basler Bevölkerung etwas keimfreier zu unterstützen.

Brigitta Gerber